

Erscheint wöchentlich drei Mal
und zwar Dienstag, Donnerstag
und Sonnabend (Vormittag).
Abonnementpreis beträgt
vierteljährlich 1 Mark 20 Pf.
prænumerando.

Anzeiger

für Zwönitz und Umgegend.

Organ

für den Stadtgemeinderath, den Kirchen- und Schulvorstand zu Zwönitz.

Verantwortlicher Redacteur: Bernhard Ott in Zwönitz.

Inserate werden bis spätestens
Mittags des vorhergehenden
Tages des Erscheinens erbeten
und die Corpusspaltenzeile mit
10 Pf., unter „Eingefandt“ mit
20 Pf. berechnet.

N^o 4.

Sonnabend, den 8. Januar 1881.

6. Jahrg.

Bekanntmachung.

Da wahrzunehmen gewesen, daß die Bestimmungen des in hiesiger Stadt bestehenden Regulativs, das An- und Abmeldewesen betreff., nicht immer gehörig beachtet werden, so wird die hiesige Einwohnerschaft auf jene Bestimmungen andurch mit dem Bedeuten hingewiesen, daß Zuwiderhandlungen gegen dieselben zur Strafe gelangen.

Nach gedachtem Regulativ hat die Meldung jedes Neuanziehenden, insbesondere auch aller Dienstboten und Gewerbsgehilfen, binnen 24 Stunden (§ 5), ingleichen die Meldung eines Wohnungswechsels binnen 3 Tagen (§ 3) an Rathsstelle zu erfolgen und sind die Haus-, sowie Quartierwirthe bez. Arbeitgeber für die richtige Meldung des Neueinzugs oder des Wohnungswechsels verantwortlich (§ 5).
Zwönitz, am 5. Januar 1881.

Der Bürgermeister.
Schönherr.

Bekanntmachung.

Nach § 3 des Gesetzes vom 18. August 1868 sind alle Diejenigen, welche Hunde besitzen, verpflichtet, diese bei Vermeidung der auf Hinterziehung der Hundesteuer angedrohten Strafe — die dreifache Hundesteuer betragend — schriftlich anher anzuzeigen.

Alle Einwohner hiesiger Stadt, welche Hunde besitzen, werden unter Hinweis auf diese Anmeldepflicht und bei Vermeidung der auf Unterlassung dieser Anzeige gesetzten Strafe aufgefordert, diese Anzeige bis längstens zum

12. Januar d. J.

bei dem Unterzeichneten in Schriften einzureichen, sodann aber in der Zeit vom 15. bis 20. Januar d. J. die Steuer für jeden Hund auf das laufende Jahr an die Armencaffenverwaltung zu bezahlen, dagegen die vorgeschriebene Steuermarke, welche als Nachweis der bezahlten Hundesteuer von dem betreffenden Hunde am Halsbande stets zu tragen ist, sowie eine Belehrung über Wuthkrankheit der Hunde in Empfang zu nehmen, wobei auf die Strafbestimmungen in § 7 des angezogenen Gesetzes, nach welchem Besitzer solcher außerhalb der Häuser, Gehöfte und sonstigen geschlossenen Localitäten ohne Steuermarke betroffenen Hunde um 3 Mark zu bestrafen sind, aufmerksam gemacht wird.

Zwönitz, am 5. Januar 1881.

Der Bürgermeister.
Schönherr.

Bekanntmachung.

Auf den 8. März d. J. soll ein Capital des hiesigen Pfarrlehns im Betrage von

1290 Mrk. —

gegen hypothekariſche Sicherheit ausgeliehen werden und haben sich Bewerber um dieses Capital bis ult. Januar auf dem Pfarramte zu melden.
Zwönitz, den 3. Januar 1881.

Der Kirchenvorstand a. l. l. d. a.
Reidhardt, Pf.

Tagesgeschichte

Deutschland. Die Verhandlungen in betreff des Deutsch-Oesterreichischen Handelsvertrages werden im Januar, u. z. kurz nach der Rückkehr des Fürsten Bismarck nach Berlin ihren Anfang nehmen. Die Regierung wird umsomehr auf Beschleunigung dieser Verhandlungen bedacht sein, als eine Interpellation über diese Angelegenheit im Reichstage mit Sicherheit erwartet wird und die Reichsregierung die Nothwendigkeit vermeiden möchte, eine unsichere Antwort geben zu müssen. — Die Mittheilung, daß unmittelbar nach Wiederaufnahme der parlamentarischen Arbeiten im Abgeordnetenhaus eine Interpellation über die Erhöhung der russischen Zölle gestellt und der Reichskanzler in seiner Eigenschaft als Handelsminister dieselbe beantworten werde, scheint vorläufig nur auf Combinationen zu beruhen. Die meisten der Fraktionsführer sind allerdings zur Zeit gar nicht in Berlin anwesend und haben Jourparlers über diese Frage nicht stattfinden können. Diese Zollfrage gehört übrigens eigentlich vor das Forum des Reichstages. — Ueber die Verhandlungen der Regierung mit den Conservativen über den Steuererlaß schreibt die „Prov.-Corresp.“: Es haben die Conservativen, von dem Wunsche befeelt, die Frage des Steuererlasses in einer dem wirklichen Wohl und Interesse des Volkes entsprechenden Weise zu lösen, Verhandlungen mit dem Finanzminister angeknüpft, welche möglichenfalls die dauernde Bewilligung wenigstens eines Theiles des Erlasses herbeizuführen geeignet erscheinen. Wenn diese Verhandlungen, wie man hoffen darf, zu einem Resultat führen, so würde die Regierung sich darüber demnächst mit den übrigen Parteien, welche sie zu unterstützen geneigt sind, zu verständigen suchen.

Oesterreich-Ungarn. Die Abhaltung des oberösterreichischen Bauerntags ist vom Statthalter für den 10. Januar zugleich mit der Gründung eines Bauernvereins gestattet worden. Gegenstände der Tagesordnung, worüber ausschließlich Bauern sprechen werden, bilden: 1) Die Grundsteuer-Regulirung, 2) eine Dankesadresse an den Kaiser und an das Gesamtministerium für die günstige Lösung der Lebensfrage, 3) das Branntweinsteuergesetz, 4) der oberösterreichische Bauernverein, 5) die Justizpflege auf dem Lande und 6) das Wahlrecht der Landgemeinden. — Die bereits zur Abstimmung bestimmte Circularnote, worin die Pforte das Schiedsgericht definitiv ablehnt, wurde im letzten Moment zurückgezogen. Den Kabinetten liegt daher keinerlei definitive Ablehnung vor. Deshalb bemühen sich die Botschafter, nach wie vor, die Pforte zur Annahme des Schiedsgerichts zu bestimmen. Ueber einen in dieser Richtung zu Constantinopel erfolgten identischen Schritt der Botschafter ist hier jedoch bislang keine officielle Nachricht eingetroffen.

Frankreich. Gegenüber den pessimistischen Voraussetzungen gewisser Journale sagt „Le Temps“: Das Jahr 1881 werde weder einen Krieg noch eine Commune sehen. Frankreich sei Herr seiner selbst, wolle Frieden nach außen, welchen das gute Einvernehmen der Mächte aufrecht zu erhalten wissen werde. Wenn die Pforte bisher sich weigerte, das Schiedsgericht anzunehmen, so ließen die letzten Nachrichten hoffen, daß schließlich die gesunde Vernunft über das anfängliche Zaudern des Sultans triumphiren werde. Für friedliche Lösung dieser Angelegenheit komme darauf an, daß Griechenland seine kriegerische Haltung aufgebe. Die Mächte seien einig, Griechenland von Abenteuer-Politik abzurathen.